REVOLTE

Anarchistische Zeitung

NUMMER 5 JAHRGANG I

erscheint monatlich

Mai 2016, WIEN

Revolte!

Revolte heißt Leben.

Seit Ausbeutung und Herrschaft existieren, gibt es auch diejenigen, die sich dagegen auflehnen. Diejenigen, die wie wir nicht hinnehmen wollen, dass ihnen tagtäglich ihre Würde genommen wird. Diejenigen, denen es nicht reicht das Elend der Lohnarbeit durch Spektakel und Drogen zu betäuben. Diejenigen die nicht um Zugeständnisse der Herrschenden betteln, sondern dem Bestehenden subversive Ideen und Praktiken entgegensetzen. Die Herrschaft und Ausbeutung verändern sich, und auch unsere ihnen feindlichen Ideen müssen sich mit der Realität konfrontieren und sie analysieren. Wir wollen nicht einer Utopie des Himmels auf Erden hinterhertrauern. Wir begreifen die Anarchie nicht als einen Zustand den wir in die Zukunft verschieben, sondern als konstante Spannung gegen jegliche Autorität. Wir schaffen Anarchie durch die Organisierung unserer Revolten gegen die bestehende Ordnung. Wir versuchen die revolutionäre Spannung zu erhöhen um zu einem radikalen Bruch zu gelangen, einem Moment in dem das freie Experimentieren mit anderen Formen des Lebens möglich wird.
Wir leben in Zeiten zunehmender Repression, massivem Ausbau von Überwachungstechnologie, Ausbau des polizeilichen Apparates und Vorantreibung der Militarisierung. Das soziale Klima wird immer angespannter. Seit den Anschlägen von Gotteskriegern in Paris befindet sich Europa in ständiger Alarmbereitschaft. Dabei ist schwer zu sagen was beunruhigender ist: Die Drohung des islamistischen Terrors oder die uniformierten Schergen des Staates, die nun bewaffnet mit Sturmgewehren durch die Straßen streifen um die kapitalistische Misere zu schützen. Immer schon gab es verschiedene Ansprüche auf die Herrschaft, verschiedene Ideologien die sich die Macht streitig machen. Für uns als subversive Anarchisten, die nach der Beseitigung jeder Herrschaft streben ist klar, dass all jene die uns vorschreiben wollen wie wir zu leben haben – ob durch diktatorische oder demokratische Methoden – sich unserer Feindschaft sicher sein können. Mit dieser Zeitung wollen wir anarchistische Ideen verbreiten und gegen die vorherrschende Resignation und soziale Befriedung ankämpfen, die droht die Feuer der Freiheit, die in unseren Herzen brennen, zu ersticken.



Der Kampf gegen die Grenzen

und die Welt, die sie hervorbringt. Am Beispiel Brenner und darüber hinaus.

Der österreichische Staat hat angekündigt, die Grenze zu Italien am Brenner schließen zu wollen. Es soll ein 370 Meter langer, mit rasiermesserscharfem Nato-Draht gespickter Zaun, drei Kontrollpunkte auf der Autobahn, zwei zur Kontrolle von LKW und einer zur Kontrolle von PKW und Bussen, und ein weiterer auf der Bundesstraße errichtet werden. Es wird eine Geschwindigkeitsbeschränkung von 30 km/h eingeführt, um von den Kontrollpunkten Fahrzeuge herauswinken zu können. Auch die Züge sollen alle einen Sonderhalt in Steinach am Brenner einlegen, wo alle Nicht-Einreiseberechtigten zum Aussteigen gezwungen werden sollen, um sie zum Brenner zurückzuverfrachten. Ebenso soll ein „Leitsystem", dass die Ankommenden in geordnete, kontrollierte Bahnen zwingen soll und Container zur Registrierung errichtet werden. Alle die berechtigt sind, können hier einen Asylantrag stellen, den anderen wird die Einreise mit Gewalt verwehrt. Dass Österreich gerade jetzt diese Grenze schließen will, verwundert - hat doch die Zahl der Menschen die von Italien nach Österreich einreisen ein historisches Tief erreicht. Es liegt die Vermutung nahe, dass die Herrschenden in dem reaktionären, von nationalistischer und chauvinistischer Stimmungsmache geprägten Klima in Österreich ihre Chance wittern, um in der generellen repressiven Entwicklung weiter voranzuschreiten.

Die Schließung der Grenzen bettet sich in eine, nicht nur in Österreich, sondern in ganz Europa bemerkbare Entwicklung ein. Während nationalistische Parteien Wahlerfolge feiern und neofaschistische Bewegungen immer mehr Zulauf haben und eine immer größer werdende Bedrohung für all diejenigen werden, die nicht in ihr widerliches Weltbild passen, agiert der Staat immer repressiver. Ausnahmegesetzgebungen, Einsatz des Militärs im Inneren, Aufstockung von Polizei und Geheimdiensten und Ausweitung ihrer Befugnisse sind Entwicklungen, die überall in Europa beobachtet werden können. Der Großteil der Bevölkerung in Österreich scheint damit kein Problem zu haben, ja befürwortet gar diese repressiven Vorstöße des Staates. Von tagtäglich konsumierter rassistischer Propaganda verblendet glauben viele Ausgebeutete, den Feind in denjenigen ausmachen zu können, die durch das kapitalistische Ausbeutungssystem und den Terror der Herrschaft noch stärker getroffen sind als sie selbst. So setzt sich das traurige Spiel des nach oben buckeln, nach unten treten fort. In diesem System, dass uns alle in Konkurrenz zueinander zwingt, sind es dann leider oft diejenigen, die selbst die meisten Gründe haben müssten, den Herrschenden in Politik und Wirtschaft die Pest an den Hals zu wünschen, die sich an vorderster Front an rassistischer Stimmungsmache beteiligen. Die Herrschenden haben immer schon stark davon profitiert, wenn die Ausgebeuteten sich gegenseitig bekämpfen, anstatt sich in der Lage des Anderen wiederzuerkennen und ihren Hass auf die Strukturen und Verantwortlichen zu richten, die uns diese miserablen Bedingungen aufzwingen. Die Perspektive der Zerstörung der Grenzen wird sich erst realisieren lassen, wenn wir auch die geistigen und ideologischen Grenzen, die uns voneinander trennen einreissen, und uns gegenseitig als einzigartige Individuen betrachten, von deren Freiheit wir profitieren.

Anlässlich der Schließung der Grenze am Brenner kommt es nun zu allerlei heuchlerischer Kritik am Vorgehen Österreichs durch Verteidiger der „europäischen Idee" und des vermeintlich freien Personen- und Warenverkehrs innerhalb der europäischen Union. Also den liberalen Arschlöchern, die gute Miene zum bösen Spiel machen und innerhalb ihres widerlichen kapitalistischen Europas keinen Stacheldrahtzaun wollen. Von denen, die sich Sorgen um die Einschränkung der Wirtschaft machen und des freien Personenverkehrs innerhalb des Schengenraums. Diese Kritik sagt nichts anderes als: wir müssen die Menschen schon dort stoppen, von wo sie sich auf den Weg machen oder eben an den EU-Außengrenzen. Sprich, sie sollen dort verrecken wo sie herkommen und nicht auf unsere schöne, liberale Insel kommen. Als Anarchisten werden wir uns bestimmt nicht an der Verteidigung der europäischen Idee beteiligen. Wir teilen nicht ihre liberalen Werte, die Tag für Tag die Würde des Menschen mit Füssen treten. Ihre geheuchelte Betroffenheit sollen sich die Herrschenden, die den ganzen Planeten mit Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg überziehen, sonst wo hinstecken. Wir verteidigen nicht die Idee von Schengen, wir betteln nicht um Erlaubnis, uns dahin bewegen zu dürfen wo wir wollen, wir bekämpfen jegliche Struktur, die unseren Willen zur Selbstbestimmung unterwerfen will, ob EU oder österreichischen Staat. Daher geht es uns auch am Arsch vorbei, ob die Schließung der Brennergrenze nun gegen EU-Recht verstößt oder nicht.

Wie wichtig es den Herrschenden ist zu betonen, dass versucht wird den „Verkehr flüssig" zu halten zeigt, was die Grenzen darstellen: ein Management der Warenflüsse und der Bewegungen der Menschen, die, gezwungen ihre Arbeitskraft zu verkaufen, vom Kapitalismus zu Waren degradiert werden. Sie müssen als ein Mittel zum Schutz des Kapitals und der Aufrechterhaltung der Herrschaft betrachtet werden. Sie sollen verhindern das, diejenigen, die als überflüssig betrachtet werden, die keinen Nutzen für die bestehende Ordnung haben, das Territorium des Nationalstaats betreten. Gezwungen durch Krieg, den Entzug ihrer Lebensgrundlage durch Wirtschaft und Umweltzerstörung machen sich unzählige Menschen auf den beschwerlichen Weg nach Europa, überwinden Barrieren und Flüsse, versuchen durch Angriffe auf die Grenzbefestigungen die Öffnung der Grenzen selbst in die Hand zu nehmen. Sie zeigen Würde, halten sich nicht an die Gebote der Nationalstaaten, fügen sich nicht der Fremdbestimmung. Dem gilt unsere Solidarität. Doch wenn wir die Grenzen zerstören wollen, dann nicht weil wir stellvertretend für Andere kämpfen, sondern weil wir in den Grenzen Mittel zur Aufrechterhaltung unserer eigenen Ausbeutung und Unterdrückung erkennen.

Auch gegen die Grenzschließung am Brenner regt sich Widerstand. Anfang April kam es nach einer Demonstration gegen die Grenzschließung von ca. 1000 Menschen am Grenzübergang Brenner zu Angriffen auf die Polizei und die provisorische Grenzbefestigung. Auch bei weiteren Demonstrationen kam es zu Handgreiflichkeiten mit den Wächtern der Ordnung. Ein schönes Zeichen, dass die Parole der Zerstörung der Grenzen keine leeren Worte sind und dieser auch Taten folgen, die uns Wege zum Kampf gegen das Grenzregime aufzeigen. Am 7.Mai soll erneut eine Demonstration am Brenner stattfinden, zu der international mobilisiert wird. Ein Fehler, den wir nicht machen dürfen, ist es den Kampf gegen die Grenzen als isoliert zu betrachten. Der Angriff auf die Grenzen muss mit dem Angriff auf die gesamte Struktur der Ausbeutung und Unterdrückung verbunden werden. An Grenzübergängen verlaufen meist wichtige Transportrouten. So ist die Brenner-Autobahn die wichtigste Transitroute für den alpenüberquerenden LKW-Verkehr. Täglich werden hier Waren, die dafür bestimmt sind in einem international verketteten Produktionsablauf weiterverarbeitet zu werden, über die Grenze geschafft. Die Transportrouten, ob Autobahnen oder Güterzugverkehr, stellen empfindliche Adern des kapitalistischen Systems dar. Kommt es hier zu Unterbrechungen, läuft der Verkehr nicht wie von er Politik gewünscht „flüssig", kann dies enormen Schaden für die Profiteure der Wirtschaftsordnung bedeuten. Dies ist eine Möglichkeit die Herrschenden spüren zu lassen, dass sie ihre Pläne teuer zu stehen kommen werden!

Wir werden die Grenzen nur nachhaltig zerstören können wenn wir auch die Ordnung umstürzen, die die Grenzen ermöglicht, hervorbringt und sie uns aufzwingen will. Der Kampf gegen die Grenzen ist unmittelbar verbunden mit unserem Kampf für die soziale Revolution, für ein würdevolles, selbstbestimmtes Leben ohne Ausbeutung und Herrschaft.

Skandal!

Wir werden verarscht.

Skandal: Die Regierenden und die Bosse – die Herrschenden - scheißen uns auf den Kopf! Immer wieder beweisen das irgendwelche Leaks: Die Snowden-, die Panama-, und jetzt die TIPP-Leaks. Sie überwachen uns, sie brechen Gesetze, die sie für uns alle geschaffen haben, sie verschlechtern unser aller Lebensbedingungen für noch mehr Profit: Überraschung!

Jeder neue Skandel, jeder neue Leak zeigt auf, dass die Herrschenden sind was sie sind: Herrschende; und dass wir sind, was wir sind: Regierte und Ausgebeutete. Dass sie uns, solange sie die Möglichkeit haben, auf den Kopf scheißen werden – egal was sie behaupten. Nach den Leaks folgt Empörung, auf die Empörung folgt nichts: Alles bleibt beim Alten. Die "Whistleblower" – jene, die die Schandtaten der Herrschenden öffentlich gemacht haben – gehen ins Gefängnis, alles wie gehabt, die Herrschenden verarschen uns weiter umgebremst.

Das Ende dieser Dauerverarschung ist die soziale Revolution, jene tritt ein wenn die Ausgebeuteten mit der Ausbeutung und den Ausbeutern Schluss machen. Bis dahin überrascht uns gar nichts mehr!

Gegen jeden Präsidenten, gegen jede Partei, für die soziale Revolution!

Nach der Bundespräsidentenwahl am 22. April ist vielen Leuten die Kinnlade nach unten geklappt. 36% für Norbert Hofer von der FPÖ, das war eine Überraschung. Hysterische Freude auf der einen, blankes Entsetzen auf der anderen Seite. Jetzt bringen sich Hofer und Van der Bellen in Stellung für die Stichwahl am 22. Mai.

Nach der Wahl begann das große Raten: Wieso? Wieso wählen so viele Österreicherinnen und Österreicher die FPÖ? Antworten waren schnell bei der Hand: Der dumme Pöbel! Die Proleten. Die, die nicht studieren – diese Arschlöcher. Vom hohen Ross der linken Gutmenschen oder Liberalen ausgestossen, zwar viel höflicher formuliert, aber im Kern diese Aussage.

Wir sind keine Meinungsforscher oder Politikwissenschafter und wollen uns hier nicht in hochtrabenden Analysen erschöpfen, was die ausschlaggebenden Gründe gewesen sein mögen, jedoch behaupten wir: *Wenn A nicht funktioniert dann halt B.* Genauso wie sich die Staatsmänner und -frauen durchwurschteln, wurschtelt sich die Wählerin durch – ohne große Programmatik. Anfang 2000 Schwarz-Blau war Oarsch, dann ab 2008 Rot-Schwarz - auch Oarsch, wieso nicht wieder einmal Blau. Und schließlich verspricht die FPÖ die beste und vor allem einfachste Lösung für die Flüchtlingskrise: Den Schutz des Eigentums und der Privilegien der österreichischen StaatsbürgerInnen, mit allen Mitteln.

Wählen verändern etwas, sonst wären sie heute immer noch verboten. Sie verändern, wer in der Politik die Macht hat. Wer die Macht hat, den Apparat zu steuern und somit zu verändern. Das heißt, sollte die FPÖ die regierende Partei werden, wird das für viele Menschen schwere Folgen haben, während einige Wenige profitieren. Wer sich erinnern kann oder willens ist zu lesen, kann sich vor Augen führen, was SchwarzBlau Anfang der 2000er umgesetzt hat: Sozialabbau, Privatisierungen, Korruption, Begünstigungen für Unternehmer, ...
Denn auch wenn sich die FPÖ als Partei des "kleinen Mannes" verkauft und der kleine Mann das schluckt, ist die FPÖ eine Bonzenpartei. Aber auch, mit all den Folgen, die eine Regentschaft der FPÖ nach sich ziehen würde, greift unsere Kritik woanders.

Die anarchistische Kritik verwirft die Politik an sich. Das System, das auf der Herrschaft des Menschen über den Menschen gründet. Für uns ist jeder Staat der Staat des Kapitals, jede Partei seine Verwalterin und lediglich ihre Art und Weise, den Apparat zu verwalten unterscheidet sich. Egal ob Linke, Rechte oder Extremisten der Mitte, sie alle wollen über uns herrschen und uns regieren. Wir wollen jedoch weder regieren noch regiert werden, wir wollen Freiheit, deshalb zielt unser Kampf nicht auf die Veränderung oder Teilhabe an der Politik ab, sondern auf ihre Zerstörung.

Sollte Hofer Präsident werden und sollte es, wie Häupl prognostiziert hat, schon 2017 zu Neuwahlen auf Bundesebene kommen, ist es sehr wahrscheinlich, dass die FPÖ auch bei diesen gut bis sehr gut abschneidet. Genauso wahrscheinlich ist es, dass es in diesem Fall zu einer vergleichbaren Bewegung wie Anfang der 2000er kommt. Mit wöchentlichen Demos und Protesten gegen die Regierung. Vielleicht sogar mit Platzbesetzungen, Ausschreitungen etc., die sich jedoch darauf beschränken werden, eine andere Regierung zu fordern, also andere Herrscher.

In diesem Fall werden wir unsere Kritik nicht zurückstecken. Wir werden konsequent darauf beharren, dass sie ausgeweitet werden muss. Dass sich der Kampf nicht nur gegen diese Regierung oder diesen Präsidenten richten darf, sondern gegen jede Regierung, jeden Präsidenten und jede Partei. Dass nicht nur Verschärfungen der Lebensbedingungen abgewehrt werden müssen. Sondern dass der Ausbeutung, dem Kapital, dem Staat und der Demokratie an sich ein Ende bereitet werden muss.
Und dass dafür immer noch eine soziale Revolution nötig ist. Eine totale Umwälzung der bestehenden Verhältnisse. Eine Umwälzung, die sich in der Erhebung und Iniative der Ausgebeuteten und Regierten ausdrückt; In der Zerstörung der sozialen Beziehungen von Staat und Kapial und in der Aneigung des eignen Lebens als souveräne Individuen.

***

Zur Wien-Wahl 2015 gab es eine ganze Zeitschrift zur Wahllüge aus anarchistischer Sicht, die eine ausführlichere Kritik an den Wahlen und ihrer Funktion für den Staat und das Kapital formuliert. Du findest sie hier: https://linksunten.indymedia.org/de/node/154769

„Wir begegnen den Menschen auf Augenhöhe, das ist nicht mehr so autoritär wie früher."

Community Policing und Bürgerwehren

Das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung in Österreich ist angeblich angeschlagen. Die Bürger und Bürgerinnen verlangen nach mehr „Sicherheit", was auch immer sie damit meinen. Die Politik und verschiedene rechte Gruppen „bieten" neben der Aufrüstung der Polizei u.A. zwei Möglichkeiten an, um das zu bewerkstelligen: community policing und Bürgerwehren. Dabei handelt es sich bei beiden um Werkzeuge zur weiteren Einschränkung der individuellen Freiheit und zum Kampf gegen Alles, was nicht ins kapitalistische Bild passt. Grund genug, dass wir uns als AnarchistInnen mit dieser Scheisse auseinandersetzen.

Community Policing - „Gemeinsam Sicher" ?

Dieses Konzept besteht aus verschiedenen Komponenten, die eine Integration von Polizeiarbeit in den öffentlichen Bereich, also in die Gesellschaft forcieren soll. Bereits seit den 2000er Jahren wird im Innenministerium damit herumspekuliert, als handfestes Projekt startete es im April 2016 in verschiedenen ausgewählten Pilotgemeinden, u.A. in den Bezirken Mödling, Schärding, Eisenstadt und Graz. Diese Experimente laufen bis Ende 2016, werden dann evaluiert und anschließend auf ganz Österreich ausgeweitet – nach dem Vorbild der USA und England, wo dieses Konzept bereits seit Jahr(zehnt)en praktiziert wird.
Die Grundidee ist, dass sich BürgerInnen aktiv in die Polizeiarbeit einklinken, d.h. in der Praxis: sich gegenseitig überwachen und kontrollieren, Informationen an die Bullen weitergeben, gegenüber „verdächtigen" und „fremden" Personen im Dorf oder Bezirk besonders achtsam sind, usw. usf. Das Konzept sieht jedoch – anders als bei Bürgerwehren – vor, dass das Gewaltmonopol einzig und allein beim Staat, bzw. der Polizei bleibt. Das Projekt „Gemeinsam Sicher" will die BürgerInnen also durch Denunziantentum, Anschwärzen, Kontrollieren und Überwachen beteiligen, die „Drecksarbeit" machen dann die Bullen. In der Projektbeschreibung heißt es:
"Bürgerorientierte Projekte wie Community Policing (Zusammenarbeit der Polizei mit den Bürgern, der Nachbarschaft und der Gemeinde) sollen helfen, die Kriminalität zu reduzieren, „Unordnungen" wie Straßenstrich, Graffiti oder aggressive Bettelei zu vermeiden sowie die Beziehung zwischen Bürger und Polizei zu verbessern."

Somit geben diese Prediger der Bürgerbeteiligung ganz offen und ehrlich zu, worum es ihnen dabei geht, nämlich um die Bekämpfung von Kleinkriminellen, Graffiti-SprüherInnen, SexarbeiterInnen und BettlerInnen – kurz: um die Bekämpfung von Armen. Also die Bekämpfung derer, die in dieser Gesellschaft ohnehin schon die Arschkarte gezogen haben und dazu genötigt werden, auf eine nicht-reguläre Art ihr Geld zu verdienen oder ähnlichen Tätigkeiten nachzugehen.

Demokratische Entwicklungen

Diese Entwicklung in Richtung der Ausweitung von Kontrolle und Überwachung auf ALLE Gesellschaftsbereiche kommt nicht von ungefähr – das Konzept funktioniert bereits in anderen Ländern. Die Demokratie, in der wir aktuell leben, kann es sich nicht mehr leisten, so autoritär wie früher aufzutreten. Nach den Erhebungen und Aufständen der letzten Jahrzehnte (vom „arabischen Frühling" über Griechenland, Bosnien bis zu Spanien) versucht die Macht statt offensichtlicher Autorität und Gewalt stattdessen das Mittel der Partizipation zu etablieren. Statt, bzw. zusätzlich zum schlagstock-schwingendem Bullen sollen wir uns in Zukunft selber im Zaum halten – und dabei noch das Gefühl haben, wir wären ein aktiver Teil in diesem Spektakel. Die österreichische „Friedensforscherin" Gruber über das Projekt „Gemeinsam Sicher": „Jugendliche erlebten die Polizei erstmals nicht als strafendes Organ." - mehr Freiheiten haben sie dadurch allerdings nicht. Ein sehr aussagekräftiges Zitat, wie ich finde…

Bürgerwehren

Wie dieser Begriff bereits vermuten lässt, sind Bürgerwehren Zusammenschlüsse von Bürgern und Bürgerinnen, die sich gegen etwas Bestimmtes zur Wehr setzen (wollen). Die Zielsetzung ist dabei nahezu immer, den aktuellen Status Quo zu verteidigen oder zu erhalten. Bürgerwehren treten meist in gesellschaftlichen Extrem-Situationen auf, aktuell am besten zu sehen in der „Flüchtlingskrise" und werden somit von ihren TeilnehmerInnen als Gefahrenabwehr begriffen. Das heißt, wenn der gesellschaftliche Zustand als „normal" begriffen wird (also kapitalistische Ausbeutung wie immer, jedoch ohne sichtbare Extreme wie z.B. Flüchtlinge), werden sich tendenziell keine Bürgerwehren gründen. Erst wenn eine vermeintliche Bedrohungslage auftritt werden sie aktiv, um die bestehende Ordnung zu verteidigen. Im Moment herrschen in diesen Diskursen bei ausnahmslos allen ProtagonistInnen die Angst vor „Überfremdung", Verlust der Heimat und Kultur und Angst vor Flüchtlingen vor. Es wurde bewusst durch die Medien und die Politik ein Bild der Bedrohung konstruiert und die Ängste der BürgerInnen geschürt und somit die Grundlage für ein solches Verhalten erst gelegt.



Ein umgestaltetes Plakat in England nennt „Community Policing" beim Namen: „Spitzel in der Nachbarschaft".

Faschistoide Tendenzen

Die Erfahrung zeigt, dass Bürgerwehren immer reaktionäre Ansichten vertraten und vertreten – von konservativ bis offen faschistisch. Aufgrund des Aufkommens dieser in „Extremsituationen" zum Erhalt der Ordnung stehen sie von Natur aus auf der Seite von Staat und Kapital. Zwar stellen sie das Gewaltmonopol des Staates zumindest teilweise in Frage und setzen oftmals direkte Gewalt als Mittel gegen Andere ein, doch das macht sie aus anti-staatlicher Sicht noch lange nicht zu den „Guten". Als Anarchist finde ich es grundsätzlich unterstützenswert, wenn Menschen ihr Schicksal und ihre Belange selbst in die Hand nehmen, jedoch nur, wenn dieses Handeln eine subversive Perspektive der Befreiung beinhaltet: sprich die Gewalt muss gegen Jene gerichtet sein, die Unterdrückung hervorrufen und nicht gegen eine beliebig austauschbare Minderheit (Flüchtlinge) oder ähnlich Marginalisierte, die unterdrückt werden. Es ist kein Zufall, dass die ersten öffentlich auftretenden Bürgerwehren der letzten Zeit (Eisenstadt im Sommer 2015; Wien Hippgasse ab 2016;...) offen von der FPÖ und anderen (radikal) Rechten beworben und mitbegründet wurden. Anstatt eine Perspektive gegen Autorität und Ausbeutung zu entwickeln, schlagen sie sich auf die Seite des Staates. Sie kämpfen somit nicht gegen den Staat, wie wir als AnarchistInnen das tun, sondern vielmehr mit ihm, weil sie sagen, dass die Polizei überfordert ist oder nicht hart genug durchgreift. Sie ergreifen selbst die Initiative und gleichen die „Versäumnisse" des Staates durch ihr Handeln aus. Das staatliche Gewaltmonopol wird also nicht angegriffen sondern sogar noch gestärkt und auf para-militärische, loyale Bürgerwehren ausgeweitet.

Töte den Polizisten in deinem Kopf!

Es zeigt sich also – wenig überraschend - dass weder „community policing" noch Bürgerwehren einen sogenannten Fortschritt in Richtung Befreiung darstellen können. Daher sehen wir es als AnarchistInnen als unsere Aufgabe an, gemeinsam mit Anderen und mit aller Kraft dagegen anzukämpfen. Nicht jedoch, um die bestehenden Verhältnisse beispielsweise gegen Bürgerwehren zu verteidigen, sondern ganz im Gegenteil, um mit Revolte und Subversion in Richtung Aufstand und somit in Richtung Freiheit zu drängen. Eine Gesellschaft wie diese, in der wir zu Waren und Nummern degradiert werden, hat keinen Schutz verdient. Wir werden sie zerstören und etwas Neues kreieren, denn wir wissen, dass unsere Fesseln nicht von selbst brechen werden…

Kein Pardon, kein Friede mit diesen Verhältnissen!

anarchistische bibliothek.org

Eine kleine Information für alle, die die anarchistischen Ideen näher kennen lernen wollen: Vor fast einem Jahr ist die Seite **anarchistischebibliothek.org** online gegangen.

Auf dieser Seite werden anarchistische Texte gesammelt, archiviert und somit vielen Leuten frei zugänglich gemacht. Schon seit 2009 existieren angefangen mit der englischsprachigen, sieben Schwesterseiten in englischer, schwedischer, russischer, finnischer, mazedonischer, spanischer, und serbokroatischer Sprache.

Diese können sowohl online gelesen als auch ausgedruckt werden. Und weil im Internetzeitalter die dort veröffentlichten Texte in den Weiten und der Schnell- und Kurzlebigkeit des Netzes unterzugehen drohen und wir die anarchistischen Ideen auf der Straße sehen wollen, reproduzieren wir hier den Aufruf der Online-Bibliothek:

„Organisiert euch Druckmöglichkeiten um die anarchistischen Ideen auf die Straße, in die Viertel, die Schulen, die Gefängnisse oder die Orte der Lohnsklaverei zu tragen."

Wahrheit und Lüge

Einige Klarstellungen zu Revolution, Aufstand, Manipulation und Macht...

Seit jeher sind Lüge und Intrige zur Erhaltung oder Ergreifung der Macht über ein bestimmtes Territorium, eine Gruppe oder 'Organisation' fester Bestandteil der Politik. Wir sehen diese Taktik im Kontext von Wahlen; (Bürger)kriegen; Krisen von ökonomischer, politischer oder sozialer Natur; etc. Sie ist eine der stärksten und effektivsten Waffen des 'politischen Kampfes'.

Doch was verstehen wir überhaupt unter dem 'politischen Kampf'? Unter politischem Kampf verstehen wir jenen Kampf, dem es um die Ergreifung der politischen Macht innerhalb einer Institution, einer sozialen Gruppe oder eines bestimmten Territoriums geht. Also der Erkämpfung einer Vormachtstellung, eines Privilegs. Der politische Kampf kann sich auf unterschiedlichen Ebenen manifestieren. Es reicht über das 'Politik machen' eines Politikers oder politischen Repräsentanten hinaus, und macht selbst vor jenen nicht halt, die sich in der Öffentlichkeit als 'freiheitsliebend', 'revolutionär' und 'selbstlos' präsentieren. Selbst eine Partei oder Organisation ist nicht unbedingt notwendig um einen politischen Kampf zu führen. Das Scheitern vieler Revolutionen und die autoritären Systeme, die aus ihnen hervorgegangen sind, hat mit dieser Tatsache zu tun. Es ist jene Logik, die zur Geschichte der Menschheit gehört wie das Amen im Gebet. Nämlich, dass zu jedem Zeitpunkt des (Um)bruchs die Herrschaft sich neu zu manifestieren beginnt, um die Autonomie, die Selbstentfaltung und Selbstorganisierung der rebellierenden Individuen aufzuhalten, zu zerstören und im Blut zu ertränken.

Wenn wir Anarchisten von Revolution sprechen dann meinen wir nicht die Machtergreifung in einem bestimmten Territorium. Es geht uns um die Zerstörung der Herrschaft. Es geht uns um die Abschaffung der Klassenverhältnisse und von jeglichem Autoritätsprinzip. Wenn wir von Selbstorganisierung sprechen, dann meinen wir nicht den Aufbau einer Organisation, die wir als Avantgarde anführen können. Wir wollen keine Massenbewegung, die eine revolutionäre Elite zum Sieg tragen kann. Es geht uns um ein horizontales Kampfkonzept, das auf Unabhängigkeit von jeglicher politischer Einflussnahme durch Parteien und Kapital und der direkten Konfrontation mit diesen beruht. Als anarchistische Minderheit geht es uns um eine Kooperation mit anderen Ausgebeuteten um zu einer sozialen Erhebung, zum Aufstand zu gelangen.

In Österreich leben wir fern von jedem Hinweis auf einen revolutionären Umsturz der Machtverhältnisse. Fast scheint es absurd, hier von Revolution oder Aufstand zu reden. Das paranoide Verhalten der Machteliten überträgt sich auf die Menschen in diesem Land fast automatisch. Die Ausgebeuteten selbst sind es, die nach mehr Kontrolle und Unterdrückung verlangen. Meist aus Angst vor den Fremden oder aus Angst vor der großen Pleite. Und das obwohl, oder vielleicht gerade weil es den Meisten in den letzten Jahrzehnten an nichts gefehlt hat. Zumindest in Relation zu anderen Orten, wo seit geraumer Zeit die Lebensgrundlagen immer schlechter werden oder nie ein halbwegs menschenwürdiges Leben zugelassen hätten.

Alle schimpfen über die Politik. Doch als einzige Möglichkeit, ihre Lebensumstände zu ändern, sehen die meisten Mitteleuropäer den Prozess der Repräsentation. Also das Mittel der Wahl eines politischen Repräsentanten, der die Arbeit für sie erledigt. Ohne zu begreifen, dass sie innerhalb des selben Rituals verharren: Dem Abgeben ihrer Verantwortung an eine andere Person beziehungsweise eine Gruppe von Personen. Und sagen wir es ganz offen, im Wahlkampf gibt es keine Wahrheit, sondern lediglich Manipulation. Diejenigen, die die besten Versprechen geben können, die die WählerInnen am besten manipulieren können und die besten Intrigen gegen den politischen Feind spinnen, werden am Ende gewinnen. In der Demokratie sind die Aussagen und Versprechen der politischen Parteien zu bloßen Meinungen geworden, die als absolute Wahrheiten verkauft werden. Viele denken, dass diejenigen die an die Lügen einer FPÖ glauben, wohl zum dümmsten Abschaum gehören, den die Menschheit je hervorgebracht hat. Zum Teil mag das schon stimmen, wenn wir uns ein ausgewachsenes Exemplar eines solchen Paradeösterreichers anschauen. Ich denke dennoch, dass der Hund wo anders begraben liegt. Warum finden die Menschen in diesem Land keine andere Perspektive als denjenigen in die Hände zu spielen, die die autoritärsten Lösungen anbieten? Die Antwort ist einfach: Weil sie es immer schon getan haben. Sie haben sich immer schon von der Politik manipulieren lassen. Besonders wenn die Feindbilder allgegenwärtig sind. Wir sehen dieses Verhalten eher als politische Kontinuität.

Wenn wir uns die Geschichte unseres kleinen Landes im Herzen von Europa ansehen, so tragen die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen seit jeher das Siegel der Autorität. Eine antiautoritäre/anarchistische Arbeiterbewegung oder Tradition, wie sie in anderen Gegenden eine Rolle gespielt hat und immer wieder den Vorschlag der Revolte, der Autonomie und der Selbstverwaltung der Kämpfe vorgeschlagen hat, hat in Österreich nur sehr marginal existiert. Nach einer turbulenten Zeit in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts, in der anarchistische und sozialrevolutionäre Tendenzen stärkere Verbreitung fanden als die gemäßigte, zum Teil reaktionäre Sozialdemokratie, setzte eine Phase der Vernichtung jeglicher Idee der Freiheit ein. Mit der Unterstützung der Reaktion, in Form der Habsburgermonarchie, wurde die Sozialdemokratie zum einzigen Repräsentanten der Arbeiterklasse erhoben. Für den radikalen Teil der Arbeiterbewegung, die Anarchisten, die Sozialrevolutionäre, und alle diejenigen, die nicht an den reformistischen Segen von Parteibonzen glaubten und lieber den Weg der direkten Konfrontation und des sozialen Umsturzes gehen wollten, blieb nur der Knast, das Exil oder der Rückzug. Mit der Forderung nach dem Wahlrecht und der sozialen Absicherung hat die Sozialdemokratie den Ausgebeuteten die Hirne weichgewaschen, so wie die FPÖ heute mit ihren Forderungen nach 'Basisdemokratie' und 'Volksbefragungen', unter dem Vorwand der Mitbestimmung versucht, die Leute zu ködern. Und diesen Vergleich finden wir gar nicht so unpassend, denn setzt sich die heutige Wählerschaft der FPÖ doch zu einem großen Teil aus jenen zusammen, die zur Stammwählerschaft der SPÖ gehörten. Die Manipulation ist also kein Rezept einer einzelnen Partei sondern gehört zur Politik.

Monarchien, zwei Weltkriege, Faschismus, Nationalsozialismus, Bolschewisten, Stalinismus, Sozialdemokratie, Konservative, Liberale, Rechtspopulisten und Neue Rechte haben Jahrzehnte lang Jagd auf alle Ideen der Freiheit und Autonomie gemacht. Sie alle führten und führen einen politischen Kampf der sich lediglich um die Machtübernahme dreht. Als Anarchisten wissen wir also, wenn wir unsere eigene Geschichte betrachten, seit über 100 Jahren, dass der Feind sich in allen politischen Systemen verbirgt, die an die Macht wollen. Alle Parteien, die regieren wollen, jegliche Avantgarde und Organisation, die sich an die Spitze der Revolution setzen will, alle Repräsentanten, die Versprechungen machen, alle politischen und religiösen Führer. Und wenn wir uns die Geschichte der Menschheit anschauen dann wissen wir, dass es immer schon ein Streben nach Macht gegeben hat. Wir wissen aber auch, dass es immer schon den Widerstand und den Kampf dagegen gegeben hat. Dass es immer schon Individuen gab, die sich gegen die Zwänge aufgelehnt haben und die zu allen Zeiten den Verführern der Politik die Maske vom Gesicht gerissen haben. Denn auch die Rebellion gegen die Autorität ist Teil der Geschichte und nicht nur das Streben nach Macht.

In Zeiten, in denen der Glaube an die sozialdemokratisch-konservative Herrschaft immer mehr bröckelt, versucht das Kapital die Produzenten autokratisch zu verwalten, denn sonst würden sie vielleicht auf die alten Spuren der Revolte und Selbstverwaltung der Kämpfe zurückfinden. Der Nationalismus ist nichts anderes als eine Ersatzreligion für diejenigen, die sich mit ihrer Rolle als Produzenten zufrieden geben, solange sie nur von einem der ihrigen regiert werden. An dieser Stelle können wir nur eine alte Weisheit wiederholen, die wir als Anarchisten vertreten: Die politische Macht frißt alles Eigenleben, wie die Technik der modernen Wirtschaft die Seele des Produzenten frißt. Und daran ändert kein Nationalismus etwas. Auch keine Religion oder politisches System. Und genau aus diesem Grund sind wir gegen jede Autorität und jede politische Macht. Wir wollen die Macht nicht übernehmen, sondern die Herrschaft zerstören. Denn sie ist die Grundlage für die kapitalistische Ausbeutung, die Klassenhierarchie, die Kontrolle und Überwachung, der Spaltung und des sozialen Kannibalismus unter den Ausgebeuteten, des grassierenden Rassismus und der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen.

Unser Vorschlag ist einfach und ohne Kompromiss:
Autonomie und Selbstverwaltung in all unseren Kämpfen. Gegen die Politik in allen ihren verlogenen Formen. Keine Spaltung der Ausgebeuteten durch Rassismus, Privilegierung und Nationalismus. Mögen Solidarität und Subversion unsere leitenden Motive sein!